

Landwirtschaftsminister a. D. Josef Miller
anlässlich eines Seminars der
Hanns-Seidel-Stiftung
am 03. Februar 2023
im Bildungszentrum Kloster Banz

Landwirtschaft – Beständigkeit im Wandel der Zeit

Ich freue mich, dass dieses Seminar, das Albert Deß initiiert hat, schon zur Tradition geworden ist und heuer endlich wieder stattfinden kann. Ich war in jedem dieser Seminare dabei und habe davon viel profitiert.

Als **Landwirtschaftsminister** war es immer **mein Ziel**, die bayerrische Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft mit den Möglichkeiten der Politik so zu unterstützen, dass sie

- die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichert,
- die Schöpfung bewahrt,
- die natürlichen Lebensgrundlagen schützt,
- den gesellschaftlichen Anforderungen entspricht
- und im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Ich möchte auf besonders gefährliche Entwicklungen hinweisen
Lösungen an Hand eines Beispiels aufzeigen
Einen neuen Weg in der Agrarpolitik herausstellen.

Souveränität bei der Versorgung von Lebensmitteln erhalten

Ganz besonders wichtig ist mir dabei, dass wir die **nationale Souveränität bei der Versorgung von Lebensmitteln nicht verlieren dürfen.**

Bis 1977 gab es in der Bundesrepublik Deutschland Katastrophenschutzübungen zur Lebensmittelversorgung (Wintex) mit Lebensmittelkarten.

Bisher sind in den Regalen der Supermärkte bei der Coronapandemie lediglich Toilettenpapier und da und dort Nudeln ausgegangen. **Auf Abhängigkeiten wie bei Arzneimitteln**, wie z. B. Antibiotika aus China, darf **sich die EU bei Lebensmitteln nicht einlassen!**

Wenn in Europa eine strategische Unabhängigkeit bei Chips in der Halbleiterindustrie wieder aufgebaut wird, sollten diese bei Lebensmitteln unter keinen Umständen abgebaut werden. Bei uns gäbe es Teuerungen bei Lebensmitteln. Ärmeren Ländern mit Mangelversorgung würden wir die Lebensmittel bei Unterversorgung wegkaufen.

Derzeit ist die **Bilanz der Selbstversorgung in der EU insgesamt ausgeglichen und in Deutschland leicht darunter**. Die Gefahr ist aber nicht auszuschließen, dass es unter der Ampel bei Nahrungsmitteln so geht wie bei Energie:

Die „Grünen“ sind für den massiven Ausbau der Photovoltaik. Flächenverbrauch spielt in diesem Fall keine Rolle. Anstelle sie auf

Dächer zu montieren, werden dafür landwirtschaftliche Nutzflächen ohne Grenzen zur Verfügung gestellt.

Wir haben im Allgäu absolutes Grünland, sowie im ganzen Land ein Umbruchverbot beim Grünland. Wer soll das Gras fressen? Der einzig sinnvolle, mit der die Landwirte existieren können, sind Rinder und Schafe, ansonsten würde das Grünland wieder zu Wald. Will das die Bevölkerung? Viele Menschen schätzen Bayern nicht zuletzt wegen seiner schönen Landschaften.

Dieselbe **Inkonsequenz** ergibt sich bei der **Verminderung der Milch- und Fleischproduktion in Deutschland.**

Tierhaltende Betriebe sind in ihrer Existenz gefährdet

Innerhalb von 2011 bis 2021, also von 10 Jahren, hat

- der Kuhbestand in der EU um 2%
- in Deutschland um 11 %
- bei Schweinen in der EU 0 %,
- in Deutschland um 8 % abgenommen.

und er wird **weiter abnehmen.**

Bei Schweinen hat der Bestand in Deutschland **im letzten Jahr, also in einem Jahr**, um 9,4 % ab- und in Spanien um 5,1 % zugenommen.

Die Milchkühhalter haben in Bayern in den letzten beiden Jahren von 2019 bis 2021 um 8,6 % abgenommen. Tierhaltung bedeutet bei einem 12-Studentag, eine Sechstageswoche einschließlich Sonntagsdienst, kaum oder keinen Urlaub. Wenn in Deutschland oder in der EU weniger Fleisch und Milch produziert und dafür im-

portiert wird, würde das den Bauern und dem Klimaschutz gar nichts nützen. Die Wertschöpfung und die klimaschädlichen Gase entstehen dafür bei geringeren Produktionsstandards und Tierwohl in anderen Ländern. Die grüne Politik der Ampel will die Tierhaltung in Deutschland halbieren. Dabei kommen **2/3 des Produktionswertes der Landwirtschaft aus der Tierhaltung.**

Die Ampel

- hält **Biodiversität, Tier- und Umweltschutz** für so wichtig, dass alles andere sich dem unterordnen muss,
- lässt außer Ökolandwirtschaft nichts wirklich gelten,
- Extensivierung ist das Zauberwort

Das erinnert mich an die Begegnung eines Ortspfarrers mit dem Bauer Huber. Der Pfarrer sagte: „Dank deines Fleißes und mit der Hilfe Gottes hast Du einen schönen Weizenbestand“. Worauf Bauer Huber sagte: „Herr Pfarrer, den Acker hätten Sie sehen sollen, als ihn der Herrgott noch alleine bewirtschaftet hat!“

- Özdemir verspricht gesunde Lebensmittel.

Dies gefällt sicher vielen Menschen, heißt aber: Die Landwirte sollen also für ihre Gesundheit und ein hohes Alter sorgen. Damit führt die Ampel die Verbraucher hinters Licht. Auf die Dosis kommt es bei den Lebensmitteln an (z.B. bei Bier). Laut der Health-Claims-Verordnung ist in der Wirtschaft bei der Werbung der **Ausdruck „gesunde Nahrungsmittel“ verboten**. Es gibt eine gesunde Ernährung. Sie setzt neben einwandfreien Nahrungsmitteln auf eine abwechslungsreiche und ausgewogene Nahrungsmittelversorgung.

Den tierhaltenden Betrieben fehlt heute eine sichere Planungsgrundlage beim Bau ihrer Ställe. Ich habe nach der BSE-Krise weit vor allen Bundesländern eine **Förderung von 40 % für eine besonders tierfreundliche Haltung gewährt** und ab 2008 eine **Weideprämie** eingeführt. Ich wurde damals mit der Überschrift „Urlaubsgeld für Kühe“ zitiert. Die Bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat ab 2023 die Weideprämie von 50 auf 75 Euro/GV erhöht. Für besonders tierwohlgerechte Haltung von Sauen und Aufzuchtferkeln gibt es seit 2022 eine Haltungsprämie. Bayern steht damit an der Spitze der Bundesländer.

Die Düngung nach Entzug führt bei einer vernünftigen Kreislaufwirtschaft zu einer **flächengebundenen Viehhaltung**. Damit schützen wir die Böden und das Trinkwasser. Unser Wasser muss auch künftig ohne Behandlung aus dem Wasserhahn trinkbar sein.

Bei den „Grünen“ stehen moralische Ansprüche und politische Realität in einem besonders krassen Gegensatz. Außer den imaginären Versprechungen für gesunde Nahrungsmittel zu sorgen und das „Containern“ bei Nahrungsmittel straffrei zu stellen, hat Landwirtschaftsminister Özdemir zur diesjährigen Grünen Woche keinerlei agrarpolitische Konzepte von sich gegeben.

Ich bin der Meinung, jeder solle beim Wegwerfen von Nahrungsmitteln bei sich selbst anfangen, denn **60 % der Nahrungsmittel, die weggeworfen werden, stammen aus privaten Haushalten**. Hier erzielt man die größten Effekte. Mehr Aufklärung zum Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) ist wichtig: Das MHD ist kein Verfallsdatum! 14 % waren Lebensmittel vom Handel, wobei die Hälf-

te über die „Tafeln“ verteilt werden. Es geht also beim „Containern“ um 7 % der weggeworfenen Nahrungsmittel. Im Falle einer **Abgabepflicht an die Tafeln** stellen sich erhebliche haftungsrechtliche Fragen hinsichtlich der Unbedenklichkeit der abgegebenen Lebensmittel sowohl für den LEH als auch für die Tafeln.

Große Veränderungen erfolgen durch die GAP-Reform in 2028

Noch ist die GAP-Reform 2023 gar nicht umgesetzt, da wird bereits über eine neue Reform ab 2028 diskutiert. **Ziel der Grünen ist es, GAP-Gelder nur noch für konkrete Umwelt- und Klimaleistungen zahlen zu wollen.** Ihr Slogan lautet: **„Öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen!“**

Die Bauern erhalten demnach Gelder, aber nur noch als Ausgleich für höhere Kosten oder entgangene Gewinne, wenn sie die Erzeugung einschränken. **Einen echten Einkommenseffekt wie derzeit die Basisprämie**, die Zuschläge auf die ersten Hektare und die Junglandwirtprämien **gibt es dann nicht mehr.** Diese wurden von dem bayerischen CSU-Minister Helmut Brunner und Ministerin Michaela Kaniber initiiert und durchgesetzt.

Bisher machen die direkten Zahlungen bis zu 50 % des Gewinns unserer Betriebe aus. Diese Förderung aufzugeben, wäre fatal! Die Kosten dafür betragen in der EU 55 Mrd. Euro im Jahr, bezogen auf 450 Millionen Einwohner. Das sind im Jahr 120 Euro pro EU-Bürger, was eigentlich jedem die sichere Versorgung mit Lebensmittel vor der Haustüre wert sein sollte.

Für die Bedeutung einer Vielfalt und Vielzahl selbständiger bäuerlichen Existenzen, die im ländlichen Raum zentrale soziale gesellschaftliche und kulturelle Funktionen ausüben, haben die Grünen keine Sensoren. Bayern hat damit schon unter Franz Josef Strauß begonnen, mit einem Jahrhundertvertrag **25 % des Einkommens der Bauern durch staatliche Beihilfen zu finanzieren.**

Die **reine Flächenförderung** wurde von Kommissar Franz Fischer und Renate Künast eingeführt. Sie muss **selbstverständlich noch weiter verändert werden!**

Ich hatte damals wegen der unbegrenzten Flächenprämie den Vermittlungsausschuss angerufen und eine **Reduzierung der Kürzungen für bayerische Landwirte erreicht**, aber nicht eine Begrenzung der Förderhöhe. Deshalb habe ich **gegen die Flächenprämie gestimmt.**

Bei meiner Begründung stellte ich die **großen landwirtschaftlichen Betriebe im Norden und Osten Deutschlands mit 500 bis 1000 Hektar** und mehr unsere bayerischen Betriebe mit überwiegend 50 bis 150 Hektar bei der Fördermittelzuteilung gegenüber. Dabei hatte ich die **Frage** gestellt, was macht ein 1000 Hektar großer Ackerbaubetrieb, der damals 300.000 Euro aus Brüssel erhielt, in den Monaten Dezember und Januar? Und was bekommt ein Landwirt mit 100 Hektar, bei dem noch ein Großteil der Prämien für die hohen Pachtzahlungen draufgeht?

Ich wollte damals eine Kappung, d.h. Obergrenze pro Betrieb und/oder eine Degression, d.h. abnehmende Flächenprämien nach Betriebsgrößen bei den Direktzahlungen, konnte mich aber

innerhalb der Bundesländer nicht durchsetzen. Meine Nachfolger **Helmut Brunner** und **Michaela Kaniber** hielten an dem Grundsatz fest und konnten **höhere Förderbeträge bei den ersten Hektaren, also einen Teilerfolg erreichen, was den kleineren Betrieben zu Gute kommt.** Weitergehende Begrenzungen wie Reduzierung der Förderfläche oder Degression pro Betrieb wurde von den Bundesländern mit „grüner“ Regierungsbeteiligung abgelehnt.

Es war ein großer Erfolg von Albert Deß an der Spitze und später von seiner Nachfolgerin Marlene Mortler, dass diese **Mittel noch weitgehend einkommenswirksam verteilt werden** konnten.

Veränderungen in der Gesellschaft – gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirtschaft

Landwirtschaft und Agrarpolitik brauchen **mehr gesellschaftliche Akzeptanz**, ansonsten bleiben sie Getriebene und Opfer für ganz andere Interessen. Ich verweise hier nochmals auf die Nachhaltigkeit. Dies ist eine Riesenaufgabe, zumal die **NGOs und linkspolitische Strömungen bei der Ampelkoalition einen hohen Einfluss** haben.

Wir haben eine Interessensvertretung der umgekehrten Art. **Es wechseln nicht Politiker** in die Konzerne oder Verbände, **sondern Ökolobbyisten in die Politik an vorderster Front.** Entsprechend groß ist ihr Einfluss auf die Politik. So ist der Mitbegründer der Organisation **ATTAC Sven Giegold beamteter Staatssekretär im Wirtschaftsministerium** und die **frühere Greenpeace-Chefin Jenniver Morgan beamtete Staatssekretärin im Auswärtigen Amt.**

„Das wäre gerade so“, so schreibt AZ-Redakteur Rudi Wais in einem Kommentar, „wenn der CSU-Minister Andreas Scheuer einen Vorstand aus der Audi-Spitze in sein Ministerium geholt und zum höchsten Beamten gemacht hätte.“

Umweltbewusstsein heißt, ohne Nachhaltigkeit läuft auch der Umweltschutz ins Leere. Dies müssen wir unter Hinweis auf die **Nachhaltigkeit**, die auch eine ökonomische und soziale Komponente hat, in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen.

Forstwirtschaft in der ökologisch-politischen Falle

Drei Trockenjahre haben in der Forstwirtschaft, insbesondere im Norden Deutschlands, aber auch in Franken, **schwere Schäden** hinterlassen, die von der privaten Forstwirtschaft und dem Staat mit 277.000 Hektar Kahlflächen mit möglichst klimaresistenten Baumarten wieder bewaldet werden. Der Bund hat 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Damit ist es **das größte Wiederaufforstungsprogramm in der jüngeren deutschen Geschichte**.

Vom Institut für Forst- und Naturschutzpolitik in Göttingen wurde eine **repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung** in Auftrag gegeben, welche Partei die größte Kompetenz zur Lösung der Probleme des Waldes besitzt:

- 38 % meinen die Grünen.
- Weit abgeschlagen kommt die CDU/CSU auf 9 %
- und alle anderen Parteien auf jeweils unter 3 %.
- Keine Partei 27 %, weiß nicht 19 %

Die **Studie** kommt zu dem **Ergebnis, dass je stärker Forstleute und Waldeigentümer eine ökologische Krise öffentlich hervorheben** um politische Unterstützung durch den Staat zu mobilisieren, **desto mehr arbeiten sie den Grünen in die Hände:**

Es sind die „grünen“ Regierungsparteien, die den Naturschutz im Wald zu Lasten der forstlichen Bewirtschaftung stark ausbauen und verschieben. Dies zeigt sich z.B. am

- Herausnehmen der Waldflächen aus der forstlichen Nutzung,
- Begrenzung nicht heimischer Baumarten
- die Sicherung von FFH-Gebieten

Die Bürger in Deutschland schätzen den Wald als Naturraum, einen Naturraum, der möglichst unberührt wachsen und gedeihen soll. Bewirtschaftungsmaßnahmen und Holznutzung sind da verdächtig und finden weit weniger Zustimmung als der Schutz des Waldes oder des Klimas. Deshalb ist ein großer ökologischer Schwenk der Forstwirtschaft nicht zu empfehlen, schreibt Prof. Dr. Max Krott, sondern ein **geduldiges, sachlich fundiertes Eintreten für eine nachhaltige Waldwirtschaft, die ökologische mit ökonomischer Kompetenz verbindet.**

So gehört als **Voraussetzung zur ökologischen Wiederherstellung der beschädigten Waldflächen** zwingend die **ökonomische Fähigkeit, diese auch zu finanzieren.** Dazu leitet die Holzproduktion nach wie vor den **allergrößten Anteil.**

Ich meine, die Agrarpolitik muss raus aus der Defensive und hinein in die Offensive. Wir haben und brauchen in der Agrarpolitik einen Paradigmenwechsel. Jammern bringt uns nicht weiter. Sie

muss runter von der Anklagebank und ihren Beitrag zum Klimaschutz, zur Biodiversität und zum Biotop-, Arten- und Umweltschutz nach vorne stellen

Diese integrierte Kompetenz, also das **Nachhaltigkeitsprinzip**, könnte bald wieder zu sehr gefragt sein, insbesondere wenn sich die ökonomischen Handlungsspielräume für Staat und Bürger zukünftig verengen sollten.

Was sagt der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes Günther Felßner dazu?

Zum gleichen Ergebnis kommt der **neue Präsident des Bayerischen Bauernverbandes Günther Felßner**. Er sieht die heimische Land- und Forstwirtschaft als grünes Fundament für eine nachhaltige Zukunft. Dazu brauche es aber **Wertschätzung, praxistaugliche Rahmenbedingungen und Wertschöpfung für die Weiterentwicklung der Betriebe**.

Mit deutlichen Worten **warnt** er vor den **Gesetzentwürfen von Bundeslandwirtschaftsminister zum Umbau der Tierhaltung**, denn sie **gefährden bäuerliche Existenzen** und die **regionale Lebensmittelversorgung**. Es brauche vielmehr ein politisches **Gesamtkonzept**, wie es die Borchert-Kommission vorgelegt hat, mit dem das **Tierwohl weiter erhöht** und die **Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe gesichert** werden kann.

Denn **Lebensmittel aus regionaler Tierhaltung gehören zu einer ausgewogenen nachhaltigen Ernährung** mit pflanzlichen und tierischen Produkten, da jede Lebensmittelgruppe bestimmte Nährstoffe enthält, die der Körper für die Leistungstauglichkeit und Gesunderhaltung braucht.

Und was sagt Ministerpräsident Söder dazu?

Diese Position teilt auch unser **bayerischer Ministerpräsident Markus Söder**. Auch er ist **gegen Flächenstilllegung** und **gegen eine Reduktion des Tierbestandes**. Er spricht sich für regionale Produkte und Nachhaltigkeit aus.

Bayern habe hervorragende Flächen, die sich gut nutzen lassen für Teller, Trog und Tank. **Diejenigen, denen die Flächen gehören, müssen sie auch nutzen können. Bayern wolle nicht, dass jemand anderer über das Eigentum des Einzelnen bestimme.**

„Ich möchte die heimische Produktion nicht an andere Länder verlieren. Bei uns wird Fleisch besser produziert als anderswo“, so Ministerpräsident Dr. Söder. Beide stellen die Nachhaltigkeit und die Bedeutung regionaler Agrarprodukte in den Mittelpunkt. Das ist ein hohes Maß an Übereinstimmung die notwendig ist, um die Herausforderungen zu bestehen.

Felßner und Söder kommen aus Mittelfranken und haben gute Verbindungen zueinander und Verständnis füreinander.

Bayern muss vorangehen

Biodiversität ist überlebenswichtig für das Leben auf unserem Planeten. Sie zu erhalten und zu verbessern ist wichtig. **Die Frage ist aber „wie“?! Unsere bayerische Agrarpolitik setzt seit Hans Eisenmann (er würde am 15. April 100 Jahre alt) auf Freiwilligkeit und Anreize vor ordnungsrechtlichen Eingriffen.**

Wir waren damit bisher erfolgreich. An unseren Programmen wie **KULAP und Vertragsnaturschutz** haben bisher in Bayern **jeder**

zweite Landwirt teilgenommen. Jedes dritte Hektar landwirtschaftlicher Fläche wurde davon erfasst. Damit haben wir den **Beweis erbracht, dass dieser Grundsatz funktioniert.** Die **Grünen und auch die EU-Kommission** setzen dagegen zunehmend auf **Ordnungsrecht.**

So soll die **EU-Pflanzenschutzanwendungsverordnung** im Entwurf eine Verlängerung der Pflanzenschutzmittel bis 2030 um 50 % enthalten. Auch im bayerischen Volksbegehren hat der Landtag beschlossen, den Einsatz von Pflanzenschutz um 50 % zu verringern, sogar schon bis 2028.

Im Unterschied zur EU wenden wir weiter **unseren Grundsatz Freiwilligkeit und Anreize** an. Das ist ein **Beispiel für Nachhaltigkeit**, nämlich nach Lösungen zu suchen, wie man die **Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln ohne Ertragsminderungen** erreicht, z. B. durch digitale Techniken, Feldroboter, Bundspritzen, Einzelpflanzenbehandlungen, integrierten Pflanzenschutz, Vielfalt in der Fruchtfolge etc.

Nachdem der Bundeslandwirtschaftsminister nicht mehr von der CSU oder CDU kommt, muss Bayern wieder mehr Präsenz in Brüssel zeigen und durch die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten mehr Einfluss auf die EU-Agrarpolitik ausüben. Die Vorschläge und Konzepte müssen aus Bayern kommen und z. B. wie früher in Zusammenarbeit zwischen Bayern und Österreich mit Unterstützung anderer Mitgliedsstaaten in Brüssel vorgetragen und durchgesetzt werden.

In Brüssel habe ich sogar gemeinsame parlamentarische Abende von Bayern, Österreich und Südtirol durchgeführt. Ich bin wegen der Werbung für bayerische Agrarpolitik bei Landwirtschaftsministern aus EU-Mitgliedsstaaten von Bundeslandwirtschaftsministerin Künast im Bundestag wiederholt gescholten worden – und habe dies immer als Auszeichnung empfunden.

Zusammenfassend bedeutet all das:

- Unsere bäuerlichen Betriebe erzeugen **hochwertige Nahrungsmittel**
- und **arbeiten mit der Natur und nicht gegen die Natur.**
- **Nirgends werden bessere landwirtschaftliche Produkte hergestellt als in Bayern!**
- **Unsere Landwirtschaft ist ökologisch längst dort, wo andere EU-Staaten oder Bundesländer erst hinwollen.**

Auch der polnische Agrarkommissar Wojciechowski hat bei seinem Besuch in Bayern bestätigt, dass die bayerische Agrarpolitik Vorbildcharakter hat.

Deshalb hat die **bayerische Landwirtschaft allen Grund, selbstbewusst und optimistisch** in die Zukunft zu blicken!